

Dezember 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Parteivorsitz: Hälfte der CDU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer	3
Sechs von zehn für Verbleib Merkels im Kanzleramt.....	4
Merkel gewinnt an Sympathien, Habeck mit neuem Höchstwert	5
Bundesregierung besser bewertet	6
Sonntagsfrage: Union legt deutlich zu, Grüne verlieren	7
Geringe Erwartungen an internationale Klimapolitik.....	9
Klimaschutz: Ausbau erneuerbarer Energien und Umweltauflagen sinnvoll	10
Klimaschutzaspekte spielen bei Alltagseinkauf die größte Rolle	11
Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eher Vermittlung als Druck.....	12
Partner Deutschlands: Vertrauen in USA so gering wie nie.....	13

ARD – DeutschlandTREND Dezember 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe / Roberto Heinrich 030 533 22 - 0	
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte Frage zum Vertrauen in Großbritannien: rund 500 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	03. bis 04. Dezember 2018 Sonntagsfrage: 03. bis 05. Dezember 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Die deutsche Öffentlichkeit schaut gespannt auf den Hamburger CDU-Parteitag und die Wahl zum CDU-Parteivorsitz. Ginge es nach den Bundesbürgern, würde Annegret Kramp-Karrenbauer den CDU-Vorsitz übernehmen: Ähnlich wie im Vormonat sprechen sich 45 Prozent für die CDU-Generalsekretärin aus, 30 Prozent für Friedrich Merz und 10 Prozent für Jens Spahn. Ungeachtet ihres Rückzugs vom Parteivorsitz will Angela Merkel für die volle Legislaturperiode Regierungschefin bleiben. Ähnlich wie im November unterstützen 57 Prozent ihren Verbleib im Kanzleramt. Merkel kann sich dabei auf wachsenden Zuspruch stützen. Sechs von zehn äußern sich zufrieden zu ihrer Arbeit, der höchste Wert für Merkel seit November 2017. Demgegenüber setzt sich der Negativtrend für Andrea Nahles fort: Die SPD-Parteivorsitzende muss sich mit ihrem zweitschlechtesten Wert im ARD-DeutschlandTREND zufrieden geben. Sie fällt zugleich gegenüber Grünen-Chef Robert Habeck zurück, der einen neuen Bestwert erzielt.

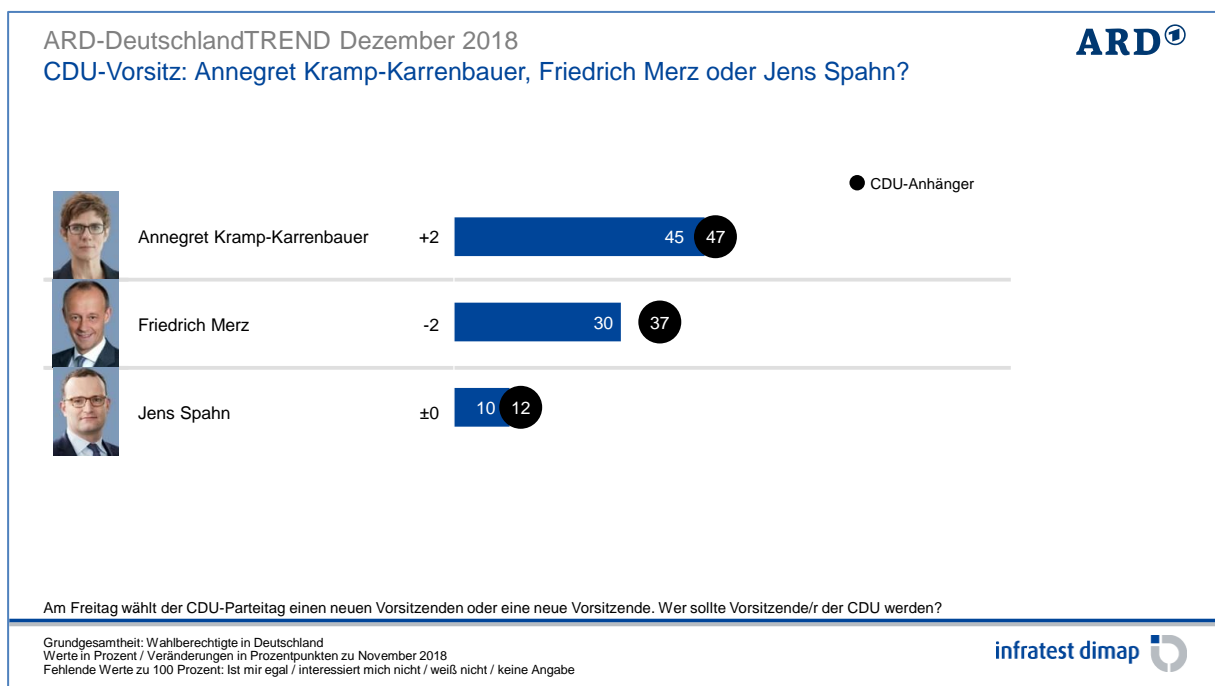
Der aktuelle Sympathiegewinn Merkels geht einher mit einer höheren Zufriedenheit der Deutschen mit dem Berliner Kabinett: Nach 25 Prozent im November äußern sich momentan 36 Prozent zufrieden zur Arbeit der Bundesregierung. Von diesem Ansehensgewinn profitieren bislang allein die Unionsparteien: Die CDU/CSU legt zum Vormonat 4 Punkte zu und käme aktuell bei einer Bundestagswahl auf 30 Prozent, ihr höchster Wert seit Juli dieses Jahres. Der Koalitionspartner SPD läge dagegen unverändert bei 14 Prozent. Die Grünen büßen zum Vormonat an Rückhalt ein, blieben mit 20 Prozent (-3) jedoch klar zweitstärkste Kraft. Die AfD hätte weiterhin 14 Prozent in Aussicht. Linke (-1) und FDP (+/-0) lägen gleichauf mit jeweils 8 Prozent.

Die UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice verhandelt aktuell über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Die Erfolgserwartungen der Deutschen sind gering: Nur jeder Siebte traut der Staatengemeinschaft zu, die Probleme des Klimawandels bewältigen zu können. Zur Verbesserung des Klimaschutzes setzen die Bundesbürger insbesondere auf den Ausbau erneuerbarer Energien und strengere Umweltschutzaufgaben für die Industrie. Gut zwei Drittel plädieren zugunsten eines besseren Klimaschutzes ebenso für einen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Maßnahmen, die unmittelbar den eigenen Alltag tangieren, haben es bei den Bundesbürgern tendenziell schwerer: Eine Verteuerung der Anschaffung und des Unterhalts von Autos mit Verbrennungsmotor überzeugt beispielsweise nur jeden Vierten.

Der jüngste Zwischenfall an der Meerenge von Kertsch hat den Russland-Ukraine-Konflikt wieder ins Bewusstsein gerückt. Die Haltungen der Bundesbürger zum Konflikt sind weitgehend unverändert. Eine Mehrheit weist weiterhin Russland eine große Verantwortung dafür zu, dass die Lage in der Ukraine 2014 eskalierte. Zugleich setzen aber die Deutschen in der Frage außenpolitischer Reaktionen nach wie vor eher auf Schlichtung als auf Druck: Sechs von zehn wünschen sich weiterhin, dass die Bundesrepublik eine führende Vermittlerrolle zwischen beiden Staaten übernimmt. Demgegenüber unterstützen nur 44 Prozent verschärfte Russland-Sanktionen der EU. Die aktuelle Krise im Asowschen Meer beeinträchtigt die Russland-Wahrnehmung der Bundesbürger sichtbar: Nach 30 Prozent im Mai sehen aktuell 23 Prozent in Russland einen vertrauenswürdigen Partner Deutschlands. Skeptisch sind die Deutschen aber auch gegenüber dem Verbündeten USA: Nur knapp jeder fünfte Bundesbürger (19 Prozent) sieht aktuell in den USA einen vertrauenswürdigen Partner Deutschlands, ein neuer Tiefstand im ARD-DeutschlandTREND. Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

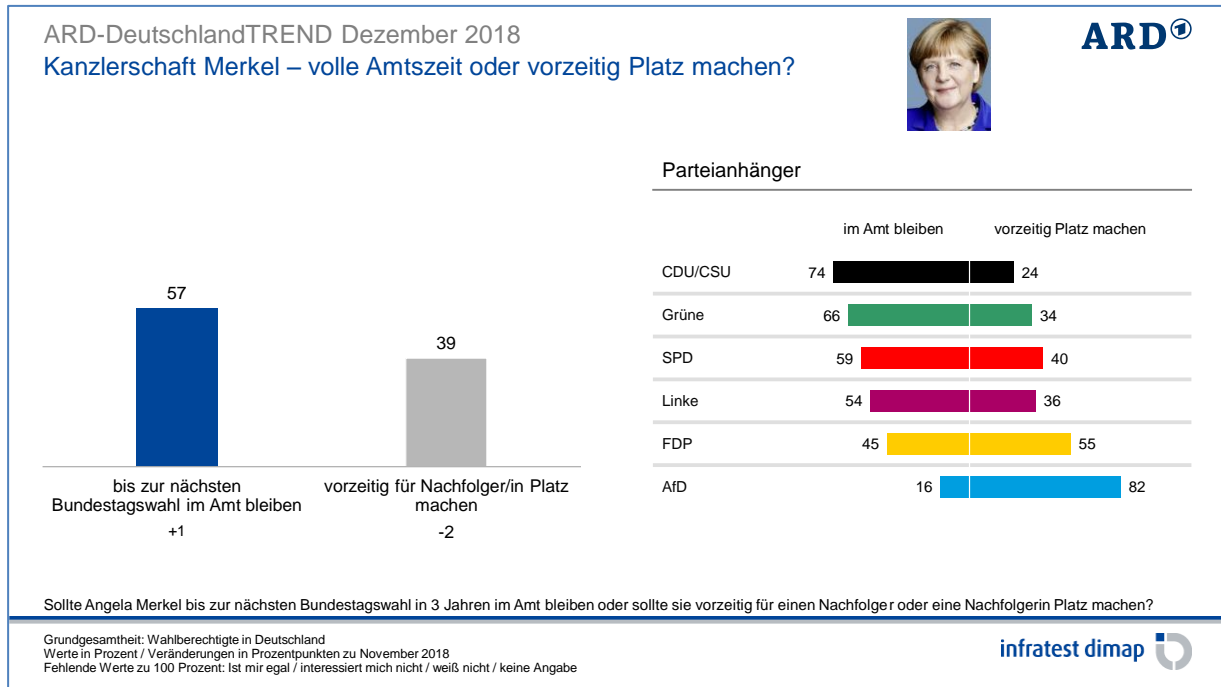
Parteivorsitz: Hälfte der CDU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer

Die deutsche Öffentlichkeit schaut in dieser Woche gespannt auf den Hamburger CDU-Parteitag und die dort anstehende Wahl zum Parteivorsitz. Ginge es nach den Bundesbürgern, würde Annegret Kramp-Karrenbauer den Vorsitz von Angela Merkel übernehmen: Ähnlich wie im Vormonat sprechen sich 45 Prozent der Wahlberechtigten für die CDU-Generalsekretärin aus, 30 Prozent für den früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und 10 Prozent für Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Die Präferenzen der CDU-Anhänger fallen ähnlich aus. Knapp die Hälfte von ihnen (47 Prozent) unterstützt Annegret Kramp-Karrenbauer, während 37 Prozent Friedrich Merz und 12 Prozent Jens Spahn bevorzugen.



Annegret Kramp-Karrenbauer liegt in der Gunst der weiblichen Bevölkerung klar vor Friedrich Merz (53:23 Prozent). Bei den Männern liefert sich die CDU-Generalsekretärin dagegen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden (37:38 Prozent).

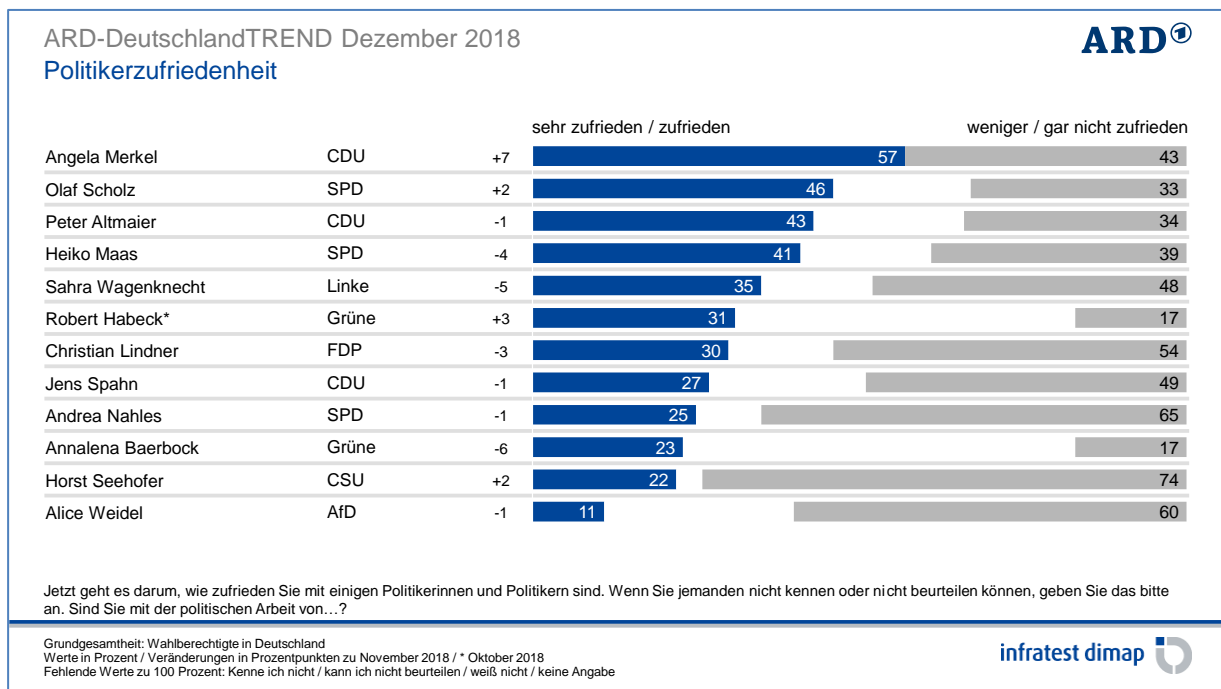
Sechs von zehn für Verbleib Merkels im Kanzleramt



Ungeachtet ihres Rückzugs vom Parteivorsitz will Angela Merkel das Amt der Regierungschefin für die volle Legislaturperiode ausüben. Ähnlich wie im Vormonat unterstützen 57 Prozent der Bundesbürger (+1), dass Merkel für die verbleibenden drei Jahre Kanzlerin bleibt. 39 Prozent (-2) favorisieren dagegen einen vorzeitigen personellen Wechsel im Kanzleramt. Für einen Verbleib von Angela Merkel im Kanzleramt sprechen sich nicht nur die Anhänger der Union, sondern auch die von Grünen, SPD und Linken mehrheitlich aus. Allein in den Reihen von FDP und AfD plädiert die Mehrzahl für einen vorzeitigen Amtsverzicht.

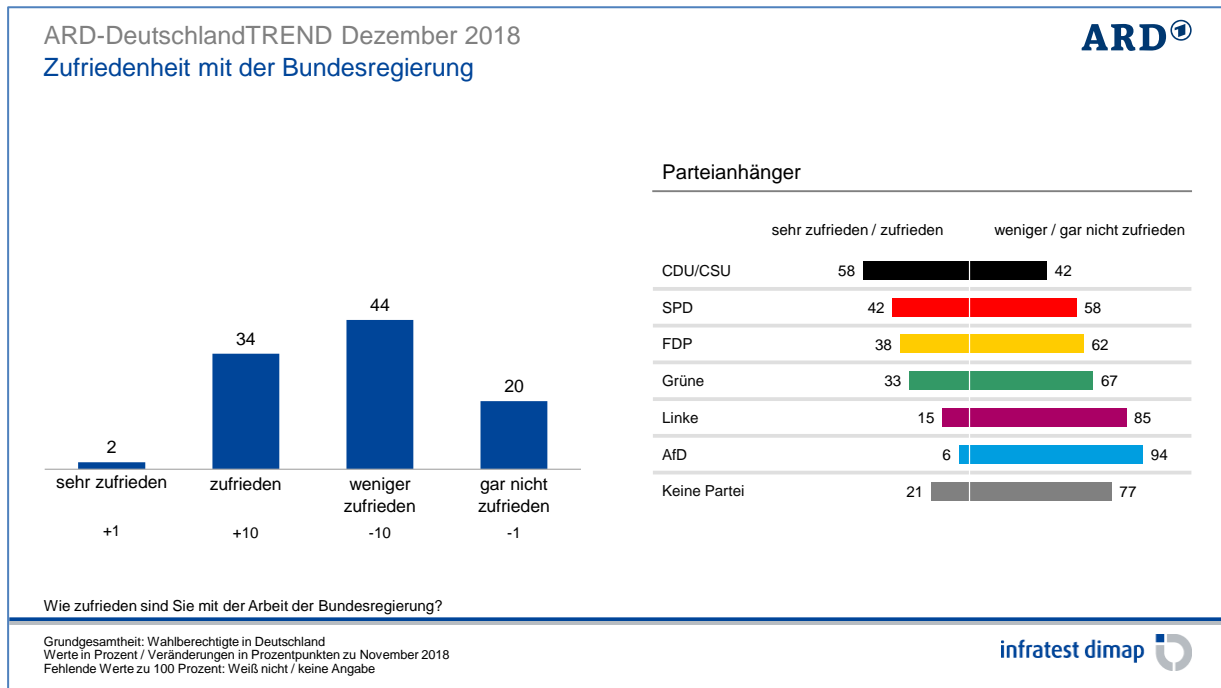
Merkel gewinnt an Sympathien, Habeck mit neuem Höchstwert

Kanzlerin Merkel kann sich in der Frage ihrer eigenen politischen Zukunft auf wieder wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung stützen. Im aktuellen Politikerurteil der Bundesbürger setzt sich die CDU-Politikerin deutlich ab. Sechs von zehn (57 Prozent, +7) äußern sich zufrieden zu ihrer Arbeit, der höchste Wert für sie seit November 2017. SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz liegt an zweiter Stelle mit 46 Prozent Zustimmung (+2), gefolgt von CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier mit 43 Prozent (+1) wohlwollenden Urteilen.



SPD-Bundesaußenminister Heiko Maas verschlechtert sich zum Vormonat, liegt aber im Urteil der Bundesbürger (41 Prozent, -4) vor der Fraktionsvorsitzenden der Linken Sahra Wagenknecht (35 Prozent, -5). Grünen-Parteichef Robert Habeck erreicht mit 31 Prozent (+3 zu Oktober) einen neuen Höchstwert im ARD-DeutschlandTREND und schiebt sich am FDP-Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner vorbei (30 Prozent, -3). Ihnen folgen Jens Spahn mit 27 Prozent (-1) sowie Andrea Nahles mit 25 Prozent (-1). Mit 25 Prozent Zustimmung muss sich die SPD-Parteivorsitzende mit ihrem zweitschlechtesten Wert im ARD-DeutschlandTREND zufrieden geben. Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock verliert zum Vormonat 6 Punkte und rangiert mit 23 Prozent Zustimmung aktuell nur noch gleichauf mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (22 Prozent, +2). Schlusslicht im Politikerurteil bleibt AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (11 Prozent, -1).

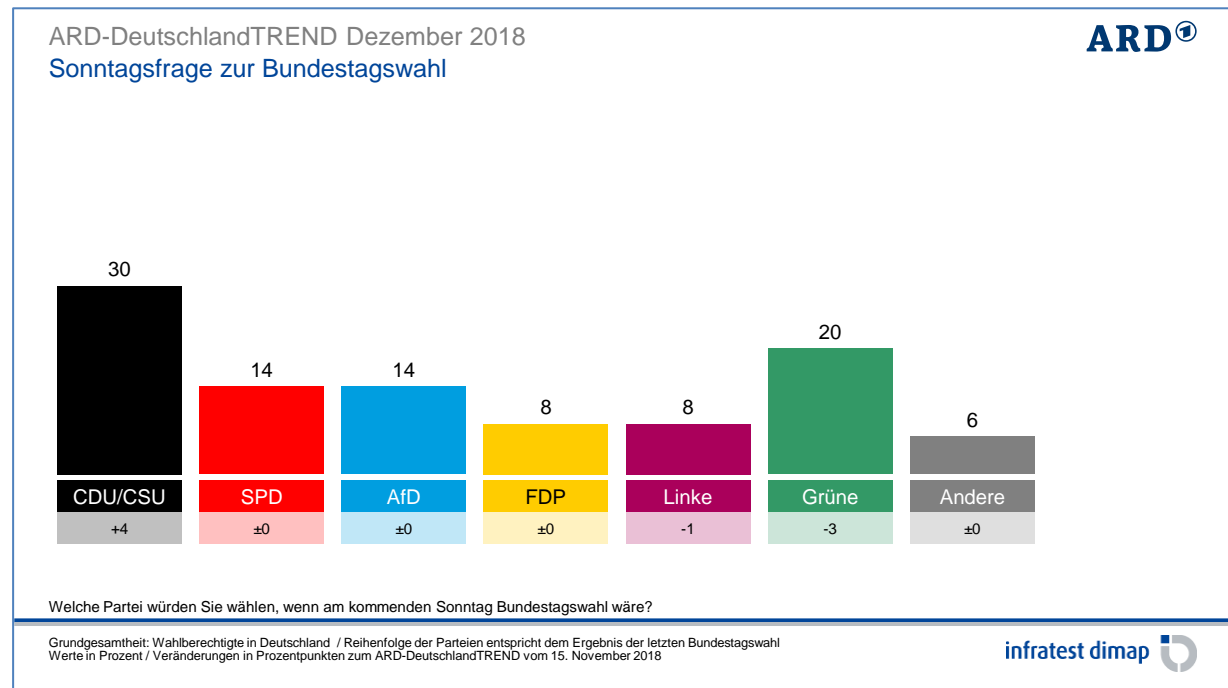
Bundesregierung besser bewertet

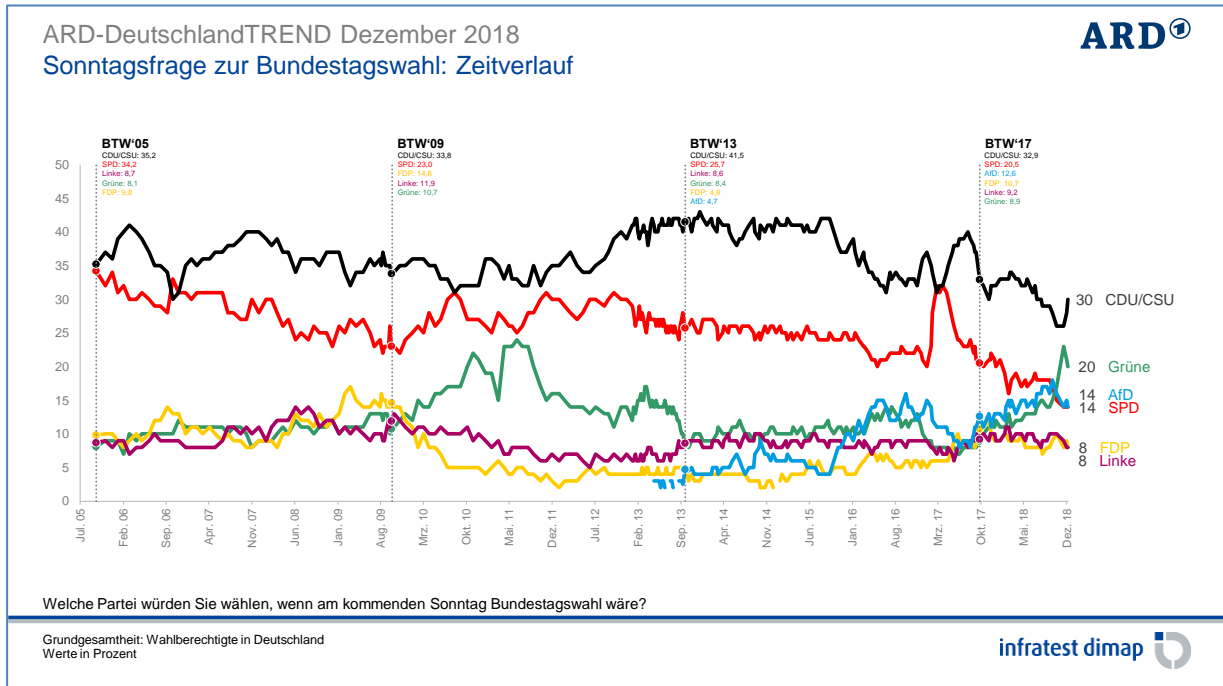


Die aktuellen Sympathiegewinne der Bundeskanzlerin gehen mit einer höheren Zufriedenheit mit dem unionsgeführten Berliner Kabinett einher: Nach 25 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell 36 Prozent der Bundesbürger zufrieden zur Arbeit der Bundesregierung. Fast zwei Drittel der Deutschen sind weniger zufrieden (44 Prozent) bzw. lehnen die Regierungspolitik rundweg ab (20 Prozent). Zu einem überwiegend positiven Urteil gelangen bislang allein die Unions-Anhänger (58:42 Prozent). Allerdings ist die Zufriedenheit der SPD-Anhänger innerhalb eines Monats deutlich von 26 auf 42 Prozent gestiegen. Kaum verändert präsentiert sich dagegen die deutlich kritische Sicht in den Reihen von Linken und AfD.

Sonntagsfrage: Union legt deutlich zu, Grüne verlieren

Von den Ansehensgewinnen des Bundeskabinetts profitieren in der politischen Stimmung bislang allein die Unionsparteien. Die CDU/CSU legt zum Vormonat 4 Punkte zu und käme aktuell bei einer Bundestagswahl auf 30 Prozent, ihr höchster Wert seit Juli dieses Jahres. Der Koalitionspartner SPD läge dagegen unverändert bei 14 Prozent. Die Grünen büßen im Vergleich zum Vormonat an Rückhalt ein, blieben mit 20 Prozent (-3) jedoch klar zweitstärkste Kraft. Die AfD hätte weiterhin 14 Prozent in Aussicht. Linke (-1) und FDP (+/-0) lägen gleichauf mit jeweils 8 Prozent.

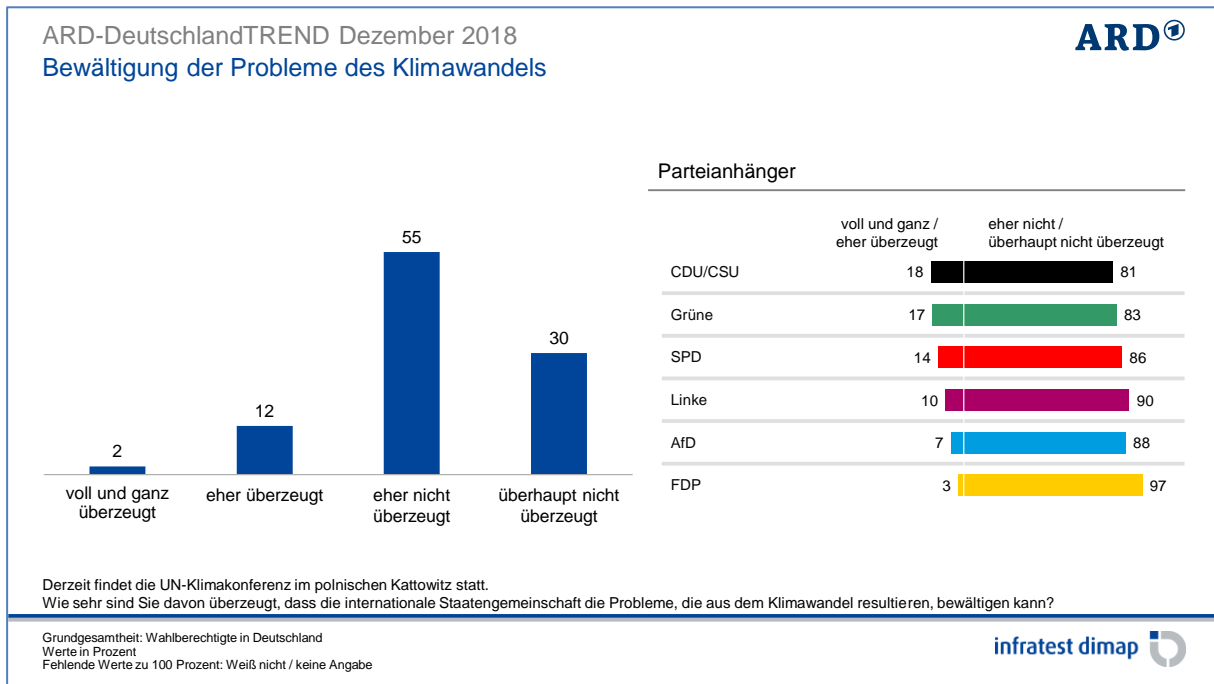




Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Geringe Erwartungen an internationale Klimapolitik

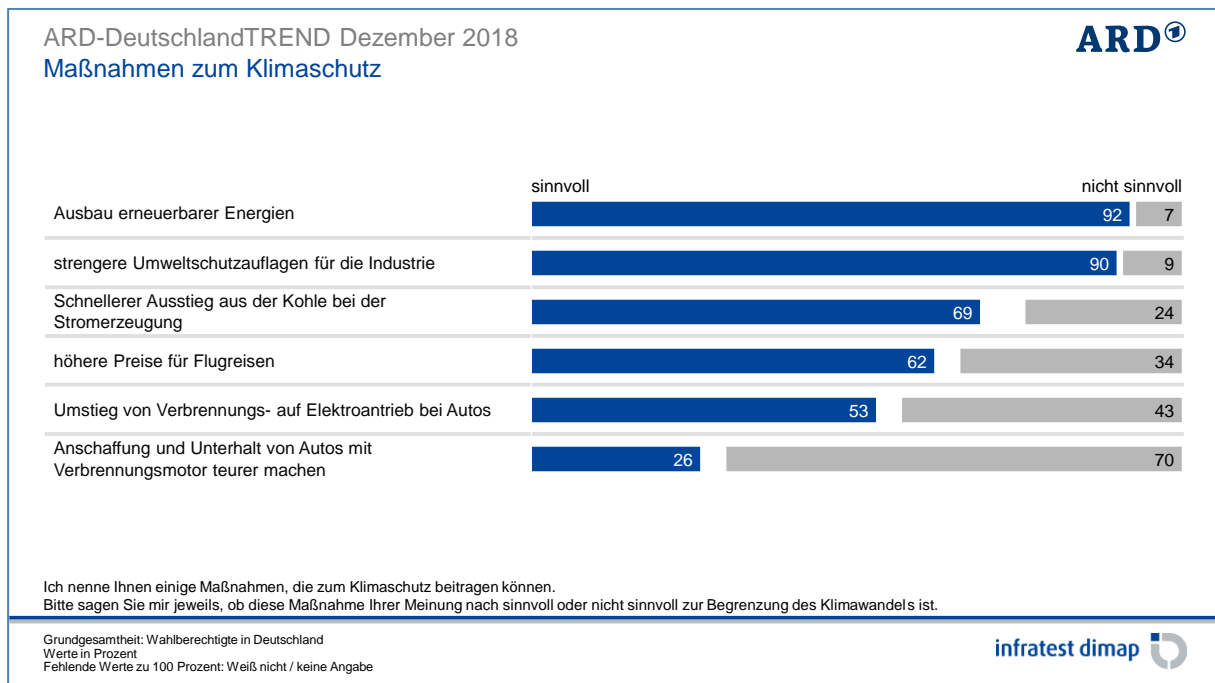
Während der diesjährigen UN-Klimakonferenz verhandeln im polnischen Katowice fast 200 Staaten noch bis zum 14. Dezember über Regeln zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Die Erfolgserwartungen der Deutschen bleiben gering: Nur jeder Siebte (14 Prozent) traut der internationalen Staatengemeinschaft aktuell zu, die Probleme des Klimawandels bewältigen zu können. Das Gros der Bürger (85 Prozent) ist hingegen skeptisch.



Leicht zuversichtlicher als der Durchschnitt der Bevölkerung sind jüngere Bürger im Alter bis 34 Jahre (23 Prozent). Allerdings überwiegen auch in dieser Altersgruppe die Zweifel deutlich, dass die internationale Staatengemeinschaft die Probleme des Klimawandels in den Griff bekommt (77 Prozent).

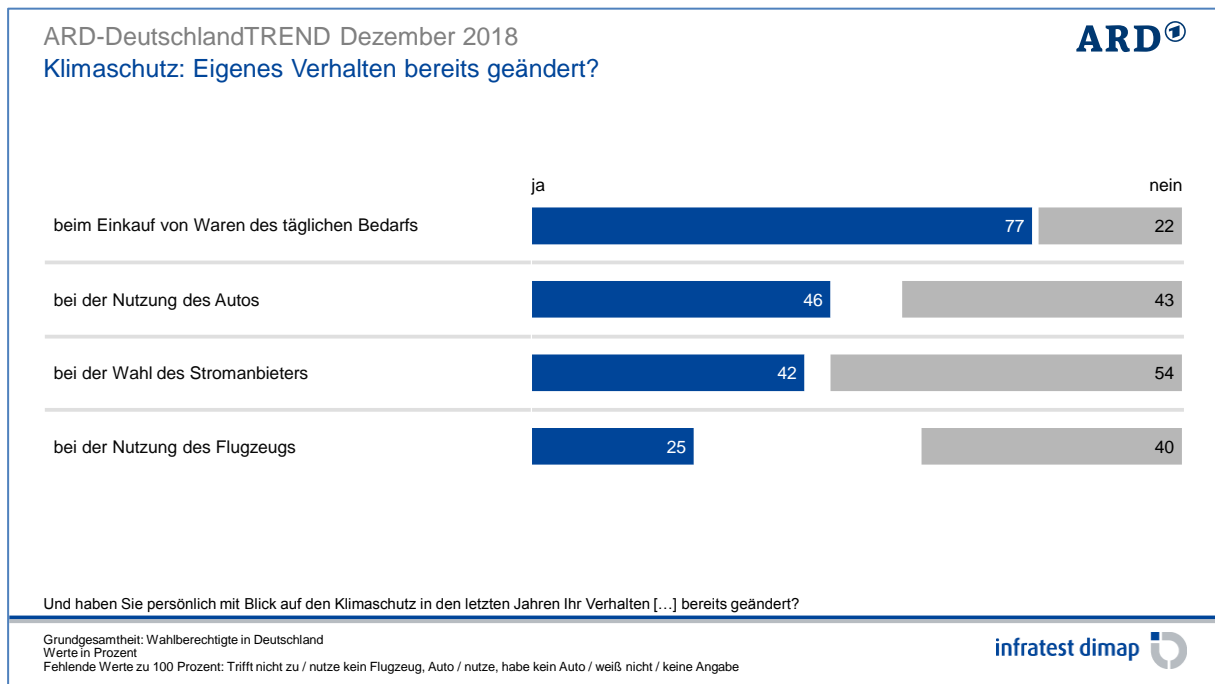
Klimaschutz: Ausbau erneuerbarer Energien und Umweltauflagen sinnvoll

Zur Verbesserung des Klimaschutzes setzen die Bundesbürger insbesondere auf den Ausbau erneuerbarer Energien (92 Prozent) und strengere Umweltauflagen für die Industrie (90 Prozent). Beide Maßnahmen werden von einer breiten Mehrheit als sinnvoll beurteilt. Gut zwei Drittel der Deutschen (69 Prozent) plädieren zugunsten eines besseren Klimaschutzes ebenso für einen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Klimaschutzmaßnahmen, die unmittelbar den eigenen Alltag tangieren, haben es bei den Bundesbürgern tendenziell schwerer. Höhere Preise für Flugreisen beurteilen noch 62 Prozent als geeignete Maßnahme zur Verbesserung des Klimaschutzes. Einen Umstieg von Verbrennungs- auf Elektroantrieb bei Autos hält nur gut die Hälfte (53 Prozent) für empfehlenswert. Eine Verteuerung der Anschaffung und des Unterhalts von Autos mit Verbrennungsmotor überzeugt nur jeden Vierten (26 Prozent).



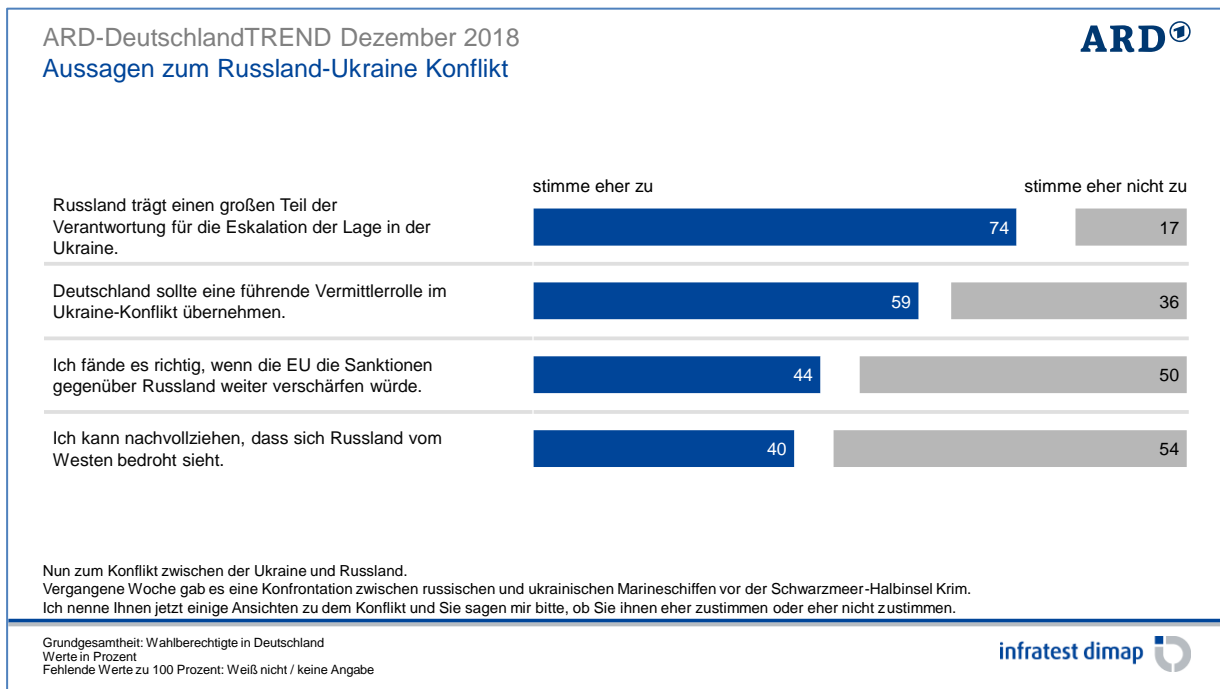
Klimaschutzaspekte spielen bei Alltagsinkauf die größte Rolle

Wenn es darum geht, das eigene Verhalten an Aspekten des Klimaschutzes auszurichten, spielt der Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs bei den Bürgern die größte Rolle. Gut drei Viertel (77 Prozent) geben an, bei Alltagskäufen ihr Verhalten aus Klimaschutzgründen schon geändert zu haben. Knapp die Hälfte hat nach eigenen Angaben bereits bei der Nutzung des Autos (46 Prozent) oder bei der Auswahl des Stromanbieters (42 Prozent) Klimaschutzaspekte berücksichtigt. Bei Flugreisen trifft dies auf ein Viertel der Deutschen (25 Prozent) zu, ein Drittel nutzt nach eigenen Angaben das Flugzeug als Verkehrsmittel allerdings ohnehin nicht.



Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eher Vermittlung als Druck

Der jüngste militärische Zwischenfall an der Meerenge von Kertsch hat den schwelenden Russland-Ukraine-Konflikt wieder ins Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft gerückt. Die grundsätzlichen Haltungen der Bundesbürger zum Russland-Ukraine-Konflikt bleiben unverändert. Eine deutliche Mehrheit (74 Prozent) weist weiterhin Russland eine große Verantwortung dafür zu, dass die Lage in der Ukraine 2014 eskalierte.

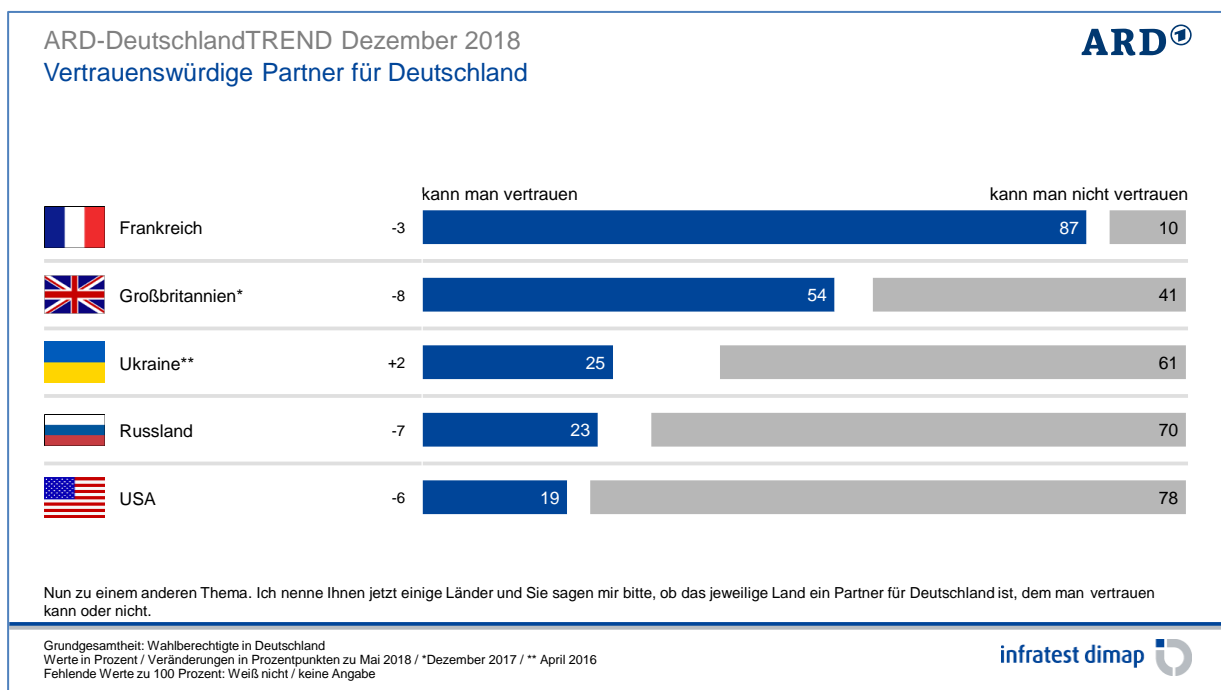


Zugleich setzen aber die Deutschen in der Frage außenpolitischer Reaktionen auch mehr als vier Jahre nach der Krim-Annexion eher auf Schlichtung als auf Druck: Sechs von zehn Wahlberechtigten (59 Prozent) wünschen sich weiterhin, dass die Bundesrepublik eine führende Vermittlerrolle zwischen beiden Staaten übernimmt. Demgegenüber unterstützen 44 Prozent zwar verschärfte Russland-Sanktionen der EU, 50 Prozent der Bundesbürger dagegen nicht. Dass sich Russland vom Westen bedroht fühlt, können 40 Prozent nachvollziehen. Mehr als die Hälfte der Deutschen (54 Prozent) hat für diese Bedrohungswahrnehmung Moskaus kein Verständnis.

Partner Deutschlands: Vertrauen in USA so gering wie nie

Die aktuelle Krise am Asowschen Meer beeinträchtigt die Russland-Wahrnehmung der Bundesbürger sichtbar: Nach 30 Prozent im Mai sehen aktuell 23 Prozent in Russland einen vertrauenswürdigen Partner Deutschlands. Mit 25 Prozent fällt das Vertrauen der Deutschen in die Konfliktpartei Ukraine jedoch ähnlich niedrig aus.

Die skeptische Haltung der Deutschen betrifft nicht nur Russland, sondern auch den Verbündeten USA: Nur knapp jeder fünfte Bundesbürger (19 Prozent, -6 zu Mai) sieht aktuell in den USA einen vertrauenswürdigen Partner Deutschlands, ein neuer Tiefstand im ARD-DeutschlandTREND. Ein kritisches USA-Bild überwiegt nicht nur bei den Anhängern der Linken. Zweifel dominieren ebenso das USA-Urteil in den Reihen von Union, SPD, Grünen und Liberalen, darüber hinaus bei den Anhängern der AfD.



Weiterhin gilt Frankreich als das verlässliche Partnerland Deutschlands. Ähnlich wie im Frühjahr beurteilen neun von zehn (87 Prozent, -3) Frankreich als Land, dem man vertrauen kann. Vor dem Brexit-Referendum 2016 zählte zweifelsfrei auch Großbritannien zum Kreis der vertrauenswürdigen Partner. Mit dem Brexit-Entscheid vom Sommer 2016 brach das Vertrauen der Deutschen in das Vereinigte Königreich jedoch deutlich ein. Aktuell sind 54 Prozent von Großbritannien als Partnerland überzeugt.

--
 Michael Kunert / Reinhard Schlinkert